

## Stellungnahme zum Planungsbericht über die sozialen Einrichtungen nach dem SEG 2024-2027

---

Erstellt: verfasst von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziales  
Nadia Koch, Judith Meyer, Pino Wuest

Abgenommen: Abgenommen vom Vorstand 16.03.2023

---

### Wichtigste Eckpunkte unsererseits

- Als grösste Trends und Ziele werden die folgenden drei Bereiche genannt:
- *Durchlässigkeit* in Form von einer ausgebauten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Einrichtungen
- Flexibilisierung
- Sozialraumorientierung

### Anregungen/Fragen

- Konkrete Umsetzungsmassnahmen zu dem jeweiligen Ziele könnten der Zielverfolgung und Qualitätsprüfung dienen
- Beispielsweise eine Marketingkampagne zu Pflegefamilien?
- Förderung der Quartiersarbeit (Bezug zum Ziel der Sozialraumorientierung)
- Wie werden die Kosten durch weitere Flexibilisierung im Rahmen gehalten und überwacht?
- Weiterer Trend welcher (bedauerlicherweise) ausser Acht gelassen wird: vermehrter Drogenkonsum bei Jugendlichen (Cannabis aber auch weitere illegale Substanzen wie verschreibungspflichtige Medikamente wie beispielsweise Xanax)
- Es besteht eine Forderung nach der Aufnahme von älteren Personen als eigene Zielgruppe mit spezifischen Bedürfnissen und grossen auf uns zu kommende Herausforderungen
- Bezüglich Pflegefamilien: Obwohl es im letzten Planungsbericht bereits als problematisch eingeschätzt wurde scheint noch keine wesentliche Entspannung der Lage zu beobachten zu sein. Wie kann dies KONKRET angegangen werden?
- Modernere Ansätze welche nicht auf veralteten Rollen- und Familienbildern basieren?

### Stellungnahme

**Die Grünliberale Partei des Kanton Luzerns befürwortet den ausformulierten Planungsbericht über die sozialen Einrichtungen nach dem SEG 2024-2027 grösstenteils, erkennt aber auch noch Handlungsbedarf in spezifischen Bereichen. Besonders wiederkehrende Problematiken sollten endgültig und nachhaltig angegangen werden.**

Die drei genannten Ziele der Förderung der Durchlässigkeit, Flexibilisierung sowie der Sozialraumunterstützung sehen die Grünliberalen des Kanton Luzerns als zeitgemäss und wichtig. Im Bereich der Durchlässigkeit stellt sich hier vor allem die Frage, ob das Digitalisierungspotenzial vollends ausgeschöpft wurde, um weitere ineffiziente Bürokratie zu verhindern. Zwischen verschiedenen Einrichtungen scheint dies bereits ausgereift und umgesetzt. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Digitalisierung des Kontakts zwischen den Personen, welche das Angebot nutzen und den Einrichtungen. Besonders nachhaltig wären Möglichkeiten, bei welchen Termine, Terminverschiebungen oder Terminabsagen direkt in einem Tool verwaltet werden können. Dies kann eine nachhaltige Termingestaltung gewährleisten und somit mit Engpässen besser überwacht und umgangen werden. Des weiteren kann ein solches Tool als Unterstützung der Terminvereinbarungen sowie der besseren Wahrnehmung von verfügbaren Ansprechpersonen für die beziehenden Personen funktionieren.

Die weitere Zielverfolgung der Flexibilisierung der Angebote und Verfahren begrüsst die Grünliberale Partei des Kanton Luzerns, um weiter den individuellen Bedürfnissen der beziehenden Personen gerecht zu werden. Dies fördert die bestmögliche Unterstützung und hat somit einen positiven Einfluss auf deren Lebensqualität und ganzheitliche Gesundheit, was eine absolute Priorität hat. Ein wichtiger Punkt, welcher im Planungsbericht nur wenig beleuchtet wird, ist die Kostenentwicklung einer weiteren Flexibilisierung. Spezifisch bedarf es einer Überwachung der Kostenentwicklung damit diese sich nicht in eine extreme Richtung entwickeln kann, und punktuell und schnell reagiert werden kann, wenn dies der Fall wäre. Um schnell und nachhaltig in einer solchen Situation reagieren zu können bedarf es gezielte und konkrete Massnahmen, welche bestenfalls bereits im Vorfeld geplant werden.

Eine wiederkehrende Problematik scheint eine Knappheit beim Angebot an verfügbaren Pflegefamilien zu sein. Da darüber bereits in vorgehenden Planungsberichten geschildert wurde, wünscht sich die Grünliberale Partei des Kanton Luzerns eine konkrete und nachhaltige Lösung für das Problem. Obwohl im aktuellen Planungsbericht die Problematik erneut dargestellt wird, können keine spezifischen geplante Massnahmen erkannt werden, welche geplant wurden. Die Entspannung der Lage der Pflegefamilienknappheit sollte eine eindeutige Priorität sein. Für betroffene Kinder und Jugendliche habe häusliche Umgebungen einen massiven Einfluss in die weitere Entwicklung und den Übergang ins Erwachsenenleben. Darum ist es unabdingbar, bei der beschriebenen Problematik zeitnahe eine nachhaltige Lösung zu finden, um die betroffene Personengruppen bestmöglich betreuen zu können. Einen moderneren Ansatz in der Rekrutierung der Pflegefamilie könnte dabei erfolgsversprechend sein. Dabei könnten Marketingkampagnen, welche dem Bekanntheitsgrad der Möglichkeit als eine Pflegefamilie zu funktionieren hilfreich sein. Des weiteren bedarf es dringend Modelle, welche nicht auf traditionellen und veralteten Rollen- und Familienbilder basieren.

Die Grünliberale Partei des Kanton Luzerns sieht zusätzlich eine weitere Zielgruppe als wichtiger Bestandteil und betroffene der sozialen Einrichtungen, welche im Planungsbericht nicht explizit genannt werden. Gefordert wird eine Ausformulierung der Zielgruppe älterer Personen. Im Hinblick des demographischen Wandels müssen Politik und Gesellschaft sich bereits heute mit der steigenden Anzahl älterer Personen beschäftigen. Dazu zählt auch eine Beobachtung der Entwicklung der Nachfrage und Nutzung von sozialen Einrichtungen. Es ist davon auszugehen, dass diese in den nächsten Jahren kontinuierlich zunehmen wird. Beim Nichtbeachten der beschriebenen Entwicklung könnte dies dazu führen, dass sich ungeplante Kosten auf die Qualität und der Sicherstellung der Abdeckung der Bevölkerungsgruppen auswirken könnte. Um verhindern zu können, dass ungeplante Kosten entstehen, bedarf es dem Einbezug der Zielgruppe der älteren Personen unbedingt im Planungsbericht.

Eine Trendentwicklung innerhalb der Zielgruppe Kinder und Jugendliche, welche im Planungsbericht leider ausser Acht gelassen wird, ist der zunehmende Konsum von illegalen Drogen. Dazu zählen neben Cannabis auch weitere wie verschreibungspflichtige Medikamente zur Beruhigung. Die besorgniserregende Entwicklung bei Jugendlichen sollte als Trendentwicklung im Planungsbericht aufgenommen werden, um wiederum nicht vor einer plötzlichen krisenähnlichen Situation zu stehen. Eine Beobachtung des Trends ist unbedingt gefordert.